

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 17/28

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung, entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Annette Groth

MdB DIE LINKE, menschenrechtspolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Gesundheit in Entwicklungsländern



Berlin, den 3.5.2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im April besuchte der gerade wiedergewählte Präsident von Ecuador, Rafael Correa, Berlin und hielt an der Technischen Universität einen Vortrag unter der Überschrift: „Wege aus der Krise“. Er sprach über die negativen Erfahrungen der Länder des Südens mit Austerität und neoliberaler Strukturanpassung und erläuterte die alternative Politik, mit der Lateinamerika aus seiner Krise herausgefunden hat: sozialer Ausgleich, mehr staatliche Regulierung und eine solidarische regionale Integration. Ein Modell für die EU? Entwicklungsberatung mal anders herum.

Desungeachtet setzt die EU in der größten Krise ihre Politik fort, neoliberale Konzepte, die sich hier als katastrophal erwiesen haben, über Freihandelsverträge in den Süden zu exportieren – mit negativen Rückwirkungen auf die EU selbst, wie etwa bei der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen. Selbstkritik findet man aber in der entwicklungspolitischen Bilanz der Bundesregierung nicht. Die Linksfraktion nutzte die Präsentation des Weißbuchs zur Kritik und Formulierung von Alternativen.

Heike Hänsel, Annette Groth, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

Bilanz der Entwicklungspolitik (ab S. 3)

Veranstaltungshinweis (10.6.2013): Entwicklungspolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE

Rede von Heike Hänsel (26.4.2013): Herr Niebel, Sie sind ein Verhinderungsminister

Rede von Niema Movassat (26.4.2013): Vier Jahre Niebel – vier Jahre Heißluftentwickler

Rede von Niema Movassat (13.4.2013): Grundbildung für alle statt Abwerbung von Fachkräften

Rede von Niema Movassat (22.2.2013): Hunger bekämpfen statt Agrarkonzerne füttern

Rede von Heike Hänsel (21.3.2013): Fragile Staaten werden von außen destabilisiert

Neoliberaler Politikexport der EU (ab S. 14)

Rede von Heike Hänsel (25.4.2013): Ernährungssouveränität für Zentralamerika statt EU-Billigimporte

Rede von Heike Hänsel (21.3.2013): Freihandelsabkommen dienen nur einer kleinen Elite in Kolumbien und Peru

Persönliche Erklärung von Heike Hänsel (18.4.2013): Ich stimme gegen das Zypern-Paket, weil es Armut und Perspektivlosigkeit zur Folge hat

Rede von Niema Movassat (28.2.2013): Deutschland steht nicht an der Seite der indigenen Völker

Linke Wahlsiege in Lateinamerika (ab S. 22)

Pressemitteilung von Heike Hänsel (15.4.2013): LINKE begrüßt Wahl von Nicolas Maduro

Pressemitteilung von Heike Hänsel (18.2.2013): DIE LINKE gratuliert Rafael Correa

Militarisierung in Westafrika (ab S. 23)

Antrag der Fraktion DIE LINKE (18.4.2013): Die Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Marokkos in der Westsahara und Lösung des Konflikts durch Referendum unterstützen Gerecht verteilen – Armut besiegen

Bericht zum Besuch von Aminata Traoré und Many Camara aus Mali (19.4.2013): Mahnende Stimmen offensichtlich unerwünscht

Umverteilen weltweit – Solidarität statt Ausbeutung

Die Fraktion DIE LINKE stellt ihre entwicklungspolitischen Leitlinien vor

Montag, 10. Juni 2013, 14-19:30 Uhr: Konferenz im Bundestag, Fraktionssaal (RTG)

Die Fraktion DIE LINKE präsentiert ihre entwicklungspolitischen Leitlinien. In die Erarbeitung der Leitlinien flossen unsere konkreten Erfahrungen und Widersprüche aus der bisherigen parlamentarischen Arbeit in der Entwicklungspolitik ein. Zugleich stellen sie eine Orientierung für die Fortsetzung der Arbeit in der nächsten Wahlperiode dar. Was haben wir im nächsten Bundestag vor? Welche Vorstellungen von einer anderen Entwicklung leiten uns dabei?

Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz und auf der Grundlage unserer Leitlinien wollen wir gemeinsame Handlungsperspektiven für die nächsten vier Jahre diskutieren. Dabei wollen wir die Widersprüche in der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung aufgreifen, die einerseits zu schärferen Verteilungskämpfen führen, andererseits aber auch Potenziale der Veränderung und des Widerstands deutlich werden lassen.

Überall gehen die Menschen gegen das zerstörerische Weltwirtschafts system auf die Straßen. In Lateinamerika werden gesellschaftliche Alternativen bereits erprobt und mit Unterstützung durch soziale Bewegungen gegen die alten Eliten verteidigt. Der wirtschaftliche Erfolg einiger Länder des Südens schafft Spielräume für neue internationale Beziehungen. Auch die deutsche Entwicklungspolitik muss sich verändern. Wie - darüber wollen wir mit Ihnen am 10. Juni diskutieren. Wir laden Sie dazu sehr herzlich ein.

Unter anderem mit Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Bernd Bornhorst, Firoze Manji und S.E. Jorge Jurado, Botschafter Ecuadors

Herr Niebel, Sie sind ein Verhinderungsminister

Heike Hänsel in der Bundestagsdebatte zur Bilanz der Entwicklungspolitik der Bundesregierung anlässlich des Erscheinens des Weissbuchs Entwicklungspolitik:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Niebel, Sie stehen für schrumpfende Entwicklungsausgaben, für die Instrumentalisierung staatlicher Entwicklungshilfe, für deutsche Wirtschaftsinteressen und die Unterstützung von Freihandelsabkommen, die die Existenzgrundlagen vieler Menschen in den Ländern des Südens zerstören, und die Militarisierung von Entwicklungszusammenarbeit. Sie stehen damit für eine Politik, die Entwicklung verhindert, teilweise sogar gefährdet, und nicht fördert.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man sich die Kurzfassung Ihres Weißbuchs zur Entwicklungspolitik anschaut, stößt man schon auf der zweiten Seite auf Afghanistan und die Bundeswehr. Genau dort haben wir die Tragweite der Politik, die Sie vorantreiben, der zivil-militärischen Zusammenarbeit mit einer enormen Gefährdung der lokalen Hilfskräfte vor Ort und der Bevölkerung, erlebt. Afghanistan ist aus den Medien verschwunden; aber die Situation ist dort nicht besser geworden. In Afghanistan wird weiterhin gekämpft und gestorben. Die Entwicklung ist katastrophal, auch die Sicherheitssituation. Wir haben jetzt das Problem, Herr Niebel, dass viele lokale Kräfte, die mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben, gefährdet sind und sogar in den Mitgliedstaaten der NATO Asylanträge stellen, weil ihre Sicherheit nicht garantiert werden kann. Das zeigt doch, dass Sie hier völlig auf dem Holzweg sind und dass Sie eine entwicklungsgefährdende Politik in Afghanistan betreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Genau diese vernetzte Sicherheit soll weiter vorangetrieben werden. Sie haben eine Kooperationsvereinbarung zwischen der GIZ und dem Verteidigungsministerium abgeschlossen.

Sie setzen sich auch für eine enge Kooperation der Bundeswehr mit den Entwicklungsorganisationen in fragilen Staaten ein, das heißt, Sie wollen weiter die Militarisierung vorantreiben, anstatt zu entmilitarisieren. Wenn eines gilt, dann doch das: Fragile Staaten brauchen nicht noch weitere militärische Konzepte. Wir brauchen Entmilitarisierung, so dass wir die Ursachen für Destabilisierung bekämpfen können. Aber in dieser Hinsicht kommt von Ihnen gar nichts. Sie destabilisieren die Regionen, anstatt die Entwicklung in diesen Regionen zu fördern.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Finanzierung. Ich möchte in Erinnerung rufen - das wurde hier schon breit debattiert -, dass Sie ganz exklusiv der Minister waren, der sich bis zum Schluss gegen jegliche neue Ansätze im Bereich Entwicklungsfinanzierung gewehrt hat. An erster Stelle ist die Finanztransaktionsteuer zu nennen. Sie waren der erbitterteste Gegner, eine Finanzierung für die weltweite Bekämpfung der Armut zu ermöglichen. Deshalb sind Sie auch kein Entwicklungsminister, sondern ein Verhinderungsminister.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

In Ihrem Weißbuch ist sehr viel von ländlicher Entwicklung die Rede. Wir haben in den letzten Wochen eine Diskussion über den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Lateinamerika geführt. Sie und Ihr Ministerium haben den Freihandelsabkommen massiv das Wort geredet. Ich frage mich, wie Sie der Öffentlichkeit erklären wollen, dass Sie solche Abkommen vorantreiben, die die Existenzgrundlagen gerade von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in ländlichen Regionen - die Sie ja eigentlich fördern wollen - massiv gefährden, weil sie nicht mit den billigen Produkten aus der Europäischen Union konkurrieren können. Damit zerstören Sie bisher funktionierende Strukturen, für deren Reparatur Sie Steuergelder ausgeben müssen, dabei könnten die Mittel für Entwicklungshilfe anders eingesetzt werden. Das ist ein völlig verquerer Ansatz. Wir müssen verhindern, dass vorhandene Entwicklungsfortschritte zerstört werden. Deshalb brauchen wir keine Freihandelsabkommen, sondern solidarische Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das hat der ecuadorianische Präsident Correa bei seinem Besuch in Deutschland übrigens sehr eindrücklich vermittelt. Er setzt sich dafür ein, dass wir gerechte Handelsbeziehungen aufbauen, damit die Länder des Südens Wertschöpfungsketten aufbauen und sich unabhängig machen können. Unser Ziel muss es sein, dass Entwicklungszusammenarbeit überflüssig wird, aber Sie verstärken die Abhängigkeiten.

Herr Niebel, Sie stehen ganz klar für den verlängerten Arm des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Sie haben sich die Rohstoffpolitik auf die Fahnen geschrieben. Sie wollen die Entwicklungszusammenarbeit und den Zugang zu Rohstoffen verstärkt verzahnen. Dafür haben Sie die entsprechende Infrastruktur geschaffen. Es gibt eine Rohstoff-Taskforce zur Rohstoffversorgung der deutschen Industrie. Wir haben jetzt eine Rohstoff-Sonderbeauftragte; herzlichen Glückwunsch, Frau Kopp!

Ich frage mich: Wieso haben wir keine Sonderbeauftragte für die Bekämpfung von Nahrungsmittelspekulation? Warum haben wir keine Sonderbeauftragte für die Kontrolle der Einhaltung von Arbeits- und ökologischen Standards von deutschen und europäischen Unternehmen in den Ländern des Südens?

(Dagmar G. Wöhrl (CDU/CSU): Das ist Chefsache! Das macht der Minister selbst! - Gegenruf der Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben nicht!)

Das wäre eine wichtige Funktion für das Ministerium. Wir brauchen keine Sonderbeauftragte für deutsche Rohstoffinteressen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Ihrem Weißbuch finden sich keinerlei Strategien dazu, wie Sie zum Beispiel die Kapitalflucht aus den Ländern des Südens - eines der größten Probleme - bekämpfen wollen. Sie vertreten ganz klar einen überholten, neoliberalen wirtschaftspolitischen Ansatz, der mittlerweile auch auf internationaler Ebene heftig kritisiert wird.

Es gibt ein neues Manifest „Handeln Jetzt“ von weltweit führenden Wirtschaftswissenschaftlern, das besagt: Dieses neoliberale Konzept ist überholt. Das sehen wir an Europa. Das gilt erst recht für die Länder des Südens. Wir brauchen solidarische Wirtschaftsbeziehungen, die Armutsbekämpfung ermöglichen und die letztendlich zu einer Unabhängigkeit der Länder des Südens führen.

Die Linke hat sich viele Gedanken darüber gemacht, dass wir neue Ansätze brauchen. Die Frage ist: Wie können wir den Weg zu neuen solidarischen Beziehungen beschreiten?

Wir haben mit sozialen Bewegungen aus den Ländern Südens Leitlinien erarbeitet, die wir im Juni vorstellen wollen. Wir laden alle sehr herzlich ein, mit uns darüber zu diskutieren - natürlich auch Sie, Herr Niebel. Da können Sie sicher noch einiges lernen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vier Jahre Niebel – vier Jahre Heißluftentwickler

Niema Movassat in der Bundestagsdebatte zur Bilanz der Entwicklungspolitik der Bundesregierung anlässlich des Erscheinens des Weissbuchs Entwicklungspolitik:

Herr Niebel, Sie haben letzte Woche gesagt: „Wir sind Marktführer der Entwicklung in der Welt.“ Dieser Satz zeigt, dass Sie nicht begriffen haben, was Entwicklungspolitik bedeutet. Sie frönen dem Marktprinzip, das heißt Konkurrenz und Gewinnstreben; aber die globale Entwicklung lebt vom solidarischen Miteinander. Das Ziel ist es, Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetismus zu besiegen, und zwar gemeinsam, nicht im Wettbewerb gegeneinander.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Bärbel Kofler (SPD))

Um es mit Ihren eigenen Worten zu sagen: Diese Äußerung macht Sie nicht gerade zum weltweiten Marktführer in Sachen Durchblick.

Mit dem heute diskutierten Weißbuch zur Entwicklungspolitik haben Sie wirklich ein Meisterstück an Arroganz abgeliefert: 190 Seiten Selbstlob und Selbstherrlichkeit.

Die Fakten sprechen für sich: Obwohl es Deutschland nach Aussage der Bundesregierung so gut geht wie nie zuvor, obwohl Deutschland sich mehrfach dazu verpflichtet hat, bis 2015 seine Entwicklungshilfequote auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern und obwohl eine Mehrheit der Abgeordneten öffentlich an Sie appelliert hat, mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, sinken die deutschen Beiträge. Im Weißbuch tun Sie so, als ob das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 erreichbar wäre. Das kann nur jemand behaupten, der weiß, dass er ab der nächsten Legislatur nichts mehr damit zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben das 0,7-Prozent-Ziel gemeinsam mit der schwarz-gelben Koalition beerdigt, und das ist eine Schande.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD))

Trotzdem feiern Sie sich ständig selbst. Dass Sie Ihre Bundeswehrmütze ungefragt dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland übergeben haben, zeigt Ihren Größenwahn. Sie betreiben Niebel-Propaganda mit Steuergeldern. Man wird mit Ihren Hochglanzbroschüren und Selbstdarstellerkonferenzen zugeschüttet. Da muss man fragen, ob es sich dabei nicht auch um Gelder handelt, die für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit bestimmt waren und die Sie jetzt teilweise zweckentfremdet haben.

(Beifall der Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE))

Bekannt ist auch, dass Sie Veröffentlichungen von kritischen Nichtregierungsorganisationen, die von Ihrem Ministerium bezuschusst werden, von Ihren Mitarbeitern unter die Lupe nehmen lassen. Angeblich wollen Sie Falschaussagen verhindern. Ich sage Ihnen: Sie wollen unliebsame Inhalte verhindern. Was Sie machen, ist Zensur, und das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD))

Aber in Ihrem Weltbild erscheint Kritik ja per se albern. Vor Ihnen waren eh alle doof im „Hirseschüssel-Ministerium“, wie Sie es genannt haben. Ganze Generationen von naiven Schlabberpulli-Idioten - das ist Ihr bescheidener Blick auf die Welt. Damit beleidigen Sie alle, die sich jahrelang für die Bekämpfung der weltweiten Armut eingesetzt haben. Das ist respektlos.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das geht nicht spurlos an Ihren Mitarbeitern vorbei. In einer gefakten Hausmitteilung Ihres Ministeriums haben die Mitarbeiter Ihre neue Selbstbeschreibung als „Zukunftsentwickler. Wir machen Zukunft“ satirisch

umgewandelt in „Zugluftentwickler - Wir machen Heißluft“. Erstens spricht das Bände über die interne Stimmung, und zweitens haben die Mitarbeiter recht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als Ihren größten Erfolg feiern Sie, dass Sie die drei Organisationen der technischen Zusammenarbeit zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ, fusioniert haben. Aber auch dort ist laut einer Umfrage die Mehrheit der Mitarbeiter unzufrieden mit dem Fusionsprozess.

Ihre entwicklungspolitische Tätigkeit haben Sie als „vier gute Jahre für Deutschland“ bezeichnet. Tatsächlich waren es vier gute Jahre für die deutsche Wirtschaft. Damit haben Sie aber komplett das Thema verfehlt. Ihr Job wäre es gewesen, vier gute Jahre für die weltweite Entwicklung zu gestalten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD))

Die Daseinsberechtigung Ihres Ministeriums ist die Bekämpfung der globalen Armut, des Hungers, unter dem 1 Milliarde Menschen leiden, und der Krankheiten, weil ein Drittel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten hat. Sie haben mit stolzgeschwellter Brust herausposaunt: Für jeden Euro, den wir in die Entwicklungszusammenarbeit investieren, fließen 3 bis 4 Euro zurück. - Im Klartext: Das Wohl der deutschen Wirtschaft ist für Sie der zentrale Maßstab der Entwicklungszusammenarbeit. Wie soll aber mit so einem Konzept Armut bekämpft werden? Ihre Politik führt eher zu einem Abfluss von Ressourcen aus den Entwicklungsländern, als dass es sie stärkt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD))

Sie haben letzte Woche gesagt: „Die Achtung der allgemeinen Menschenrechte ist unsere rote Linie.“ Letzten Monat wurden in Saudi-Arabien sieben junge Männer öffentlich hingerichtet. Wo war da Ihr Aufschrei?

(Johannes Selle (CDU/CSU): Ist das ein Entwicklungsland?)

Diesem menschenfeindlichen Regime liefert Deutschland sogar Panzer, und das mit Ihrer ausdrücklichen Billigung im Bundessicherheitsrat. Und nebenbei fördert die staatlich-deutsche Organisation GIZ die Ausbildung saudischer Soldaten. Das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mein Fazit: Die nächsten vier Jahre ohne Sie und Ihre Nichtentwicklungspolitik - das ist das Beste für dieses Land und für die Ärmsten auf der Welt.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundbildung für alle statt Abwerbung von Fachkräften

Die Bundesregierung richtet ihre internationale Bildungspolitik zu sehr an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft aus, kritisiert Niema Movassat in der Bundestagsdebatte über Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bis zum Jahr 2015 sollen alle Kinder auf der Welt die Möglichkeit haben, eine Grundschule zu besuchen. Das steht in den Millenniumsentwicklungszielen der internationalen Staatengemeinschaft aus dem Jahre 2000.

Die Realität aber ist, dass dies ungefähr 61 Millionen Kindern weiterhin verwehrt bleibt. Heute ist es sogar so, dass in Afrika südlich der Sahara die Zahl der Kinder ohne Grundschulzugang teilweise wieder stark ansteigt. Deshalb muss Deutschland seine globalen Anstrengungen zur Erreichung des Zugangs zur Grundbildung deutlich steigern.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundbildung ist insbesondere auch deshalb elementar, weil sie Analphabetismus verhindert. Weltweit können heute über 700 Millionen Erwachsene nicht lesen und schreiben. Wer nicht lesen und schreiben kann, ist eher von Armut betroffen und hat es schwerer, sich politisch zu engagieren und für seine Rechte einzutreten. Zu einem gewissen Maß ist dies offenbar leider auch politisch gewollt.

Die Kultur- und Erziehungsorganisation der Vereinten Nationen, die UNESCO, bescheinigt sowohl Regierungen als auch Gebern Gleichgültigkeit auf diesem Gebiet.

Der verstorbene Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, hat einmal sehr richtig gesagt:

Die einzige Form mit der Armut Schluss zu machen, ist, den Armen Macht zu geben. Bewusstsein und Wissen sind Macht.

(Beifall bei der LINKEN Otto Fricke (FDP): Chávez im Zusammenhang mit Menschenrechten zu nennen, ist schon sehr bemerkenswert!)

Venezuela hat in nur sechs Jahren den Analphabetismus im Land besiegt. Das zeigt: Wo der politische Wille besteht, das Menschenrecht auf Bildung durchzusetzen, ist das auch möglich.

(Beifall bei der LINKEN Helmut Heiderich (CDU/CSU): Hugo for ever!)

Obwohl weltweit etwa 2 Millionen neue Grundschullehrer benötigt werden, stagnieren seit 2010 die weltweiten Finanzausgaben insbesondere für die Grundbildung. Auch die Bundesregierung hat die Ausgaben für die Grundbildung in den letzten Jahren von 113 Millionen Euro auf 81 Millionen Euro reduziert, während sie die Mittel für die Berufsbildung bzw. -ausbildung fast verdoppelt hat. Sie zäumen damit das Pferd von hinten auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei Minister Niebels Fanatismus, was die Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft anbelangt, drängt sich leider der Verdacht auf, dass Sie lieber gezielt Fachkräfte für deutsche Unternehmen ausbilden, statt der breiten Masse Grundbildung zu ermöglichen. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Erst in dieser Woche hat das Entwicklungsministerium die Mittel zur Bildung und Ausbildung von Journalisten in Entwicklungsländern erhöht. Mit großem Pathos erklärte Staatssekretär Beerfeldt, dem Recht auf freie Meinungsäußerung müsse weltweit noch mehr Geltung verschafft werden. Gleichzeitig aber übt das Ministerium im eigenen Land Zensur aus. Kritische Nichtregierungsorganisationen müssen ihre Texte vor Veröffentlichung

lichung dem Ministerium vorlegen, wenn eine staatliche Förderung besteht.

(Heike Hänsel (DIE LINKE): Skandal!)

Gedruckt werden darf nur das, was Herrn Niebel gefällt. Der Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung hat dazu angemerkt, dass das Zustände wie in Weißrussland sind. Recht hat der Mann.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung verkündet übrigens gerne stolz, dass Deutschland 1,2 Milliarden Euro für internationale Bildung als Entwicklungshilfe ausgibt. Die Hälfte dieser Gelder aber sind Studienplatzkosten für ausländische Studierende, die in Deutschland studieren. Hierbei geht es oft nicht darum, den armen Ländern zu helfen, sondern ihre besten und klügsten Köpfe abzuwerben. Die UNESCO kritisiert das seit Jahren. Mit Entwicklungshilfe hat das nämlich nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen ist dieselbe neoliberale Politik, die Frau Merkel Europa aufzwingt und die zu schwersten sozialen Verwerfungen führt, seit Jahren für den Verfall des öffentlichen Bildungswesens in den Entwicklungsländern mitverantwortlich. So knüpft der Internationale Währungsfonds bis heute seine Kreditvergabe an die Bedingung, Staatsausgaben zu reduzieren. Meist wird zuerst im Bildungssektor der Rotstift angesetzt.

Die Bundesregierung als IFW-Mitglied muss, wenn sie es mit der Schaffung von Bildungszugängen für alle Kinder ernst meint, dagegen aktiv werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Bildung ist ein Menschenrecht, das nur gebührenfreie staatliche Bildungssysteme gewährleisten können. Wir stimmen hierin mit dem SPD-Antrag überein und werden ihm deswegen auch zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Otto Fricke (FDP): Das sind ja feine Freunde!)

Das Video zur Rede finden Sie unter:

<http://www.youtube.com/watch?v=ux5AQdoMir4&list=UUF2SPLBq18sL88yZw9m-GZQ&index=2>

Hunger bekämpfen statt Agrarkonzerne füttern

„Nur wer die Profiteure des weltweiten Hungers benennt und ihnen das Handwerk legt, kann Ernährungssouveränität schaffen“, so Niema Movassat in der Debatte über Ernährungssicherung:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Klimakatastrophen, Ausdehnung der Wüsten, ausgelaugte Böden, steigende Weltbevölkerung - all dies ist für Milliarden Menschen eine düstere Zukunftsperspektive. Heute schon hungern 870 Millionen Menschen. Das Menschenrecht auf Nahrung wird so häufig verletzt wie kein anderes. Fast im Sekundentakt stirbt ein Kind unter fünf Jahren an Hunger. Es ist eine Schande, dass dieser tägliche Skandal kaum mehr Aufsehen erregt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im vorliegenden Antrag der SPD werden Vorschläge zur Hungerbekämpfung gemacht. So soll Nahrungsmittelspekulation durch ein Verbot von Fonds, die mit Lebensmitteln zocken, eingedämmt werden. Es soll verbindliche Regeln zur Verhinderung von Landraub geben. Agrarexportsubventionen sollen abgeschafft werden. So weit, so gut. Dies alles sind Punkte, die auch wir als Linke schon in Anträgen gefordert haben.

Sie haben aber für Ihren Antrag den Titel „Ernährung sichern ...“ gewählt. Angesichts eines so umfassenden Titels sind die Vorschläge insgesamt nicht ausreichend.

So kann ich nicht verstehen, wie Sie Ernährung sichern wollen, wenn Sie keine Silbe zur neoliberalen Politik Deutschlands und der EU verlieren, welche mittels Freihandelsabkommen mit den Ländern des Südens betrieben wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch diese Abkommen werden regionale Märkte in armen Ländern für Billigwaren aus Europa geöffnet. Die einheimischen Waren können dem Preisdruck nicht standhalten. Sie werden zerstört. Menschen vor Ort verlieren ihr Einkommen und stürzen in Hunger.

Wegen der neoliberalen Programme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds dürfen die Staaten im Süden ihre Landwirte nicht unterstützen: keine gesicherten Abnahmepreise, keine Zuschüsse für Saatgut und Dünger.

Wir füttern unsere Landwirtschaft mit Subventionen, verbieten es aber Ländern wie Kenia und Ghana. Das ist absurd. Deshalb sagt die Linke Nein zu solchen Freihandelsabkommen und Nein zu neoliberalen Reformen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Sascha Raabe (SPD): Einmal den Antrag lesen!)

Im Antrag steht auch nichts zu einer weiteren wichtigen Frage: Wer produziert was unter welchen Bedingungen? Tragen Fairtrade-Rosen in Kenia und Zuckerrohranbau in Brasilien zu mehr Ernährungssouveränität bei? Wohl kaum, weil Kleinbauern erst von ihrem Land vertrieben und anschließend als billige Saisonarbeiter angestellt werden. Sie verlieren also ihr Land und ihre Unabhängigkeit.

Das Interesse der Agrarkonzerne an der Landwirtschaft ist groß wie nie. Nahrungsmittel sind für sie das neue Öl, und Land ist das neue Gold. Die Politik unterstützt sie dabei.

So setzen die G-8-Staaten zur Ernährungssicherung zunehmend auf die Privatwirtschaft. Mehrere Unternehmen, auch Agrarriesen wie Syngenta, Unilever und Monsanto, haben die Kampagne „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“ für Afrika gestartet.

(Helmut Heiderich (CDU/CSU): Ja, richtig!)

Auch die Bundesregierung unterstützt diese Kampagne finanziell. Um daran teilzunehmen, müssen afrikanische Regierungen ihre Politik investitionsfreundlich im Sinne des Agrobusiness gestalten. So musste sich

Mosambik dazu verpflichten, den freien Austausch von Saatgut zu verbieten und stattdessen nur mit dem kostenpflichtigen Saatgut der Agrarkonzerne zu handeln. Hier geht es offensichtlich nicht um Ernährungssicherung, sondern um Gewinne für Monsanto & Co. Wer Hunger bekämpfen will, muss gegen so etwas vorgehen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Dr. Sascha Raabe (SPD): Ja! Deshalb steht das ja auch in unserem Antrag!)

Die Bundesregierung setzt ebenfalls auf die Privatwirtschaft. So fließen öffentliche Gelder in einen Fonds für afrikanische Landwirtschaftsbetriebe, der dann aber von der Deutschen Bank gemanagt wird, von derselben Bank, die Hunger schafft, indem sie mit Lebensmitteln zockt.

Auch die neue sogenannte German Food Partnership wird mit deutschen Steuergeldern und der Gates-Stiftung Agrarkonzernen wie BASF und Syngenta neue Märkte eröffnen. Solche Kooperationen mit der Privatwirtschaft füllen keine Teller in Afrika, sondern die Taschen der Unternehmen. Deshalb sagen wir: Finger weg!

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD sagt dazu in ihrem Antrag nichts. Sie von der SPD scheuen sich, die Profiteure des weltweiten Hungers zu benennen und ihnen das Handwerk zu legen. Aber genau das muss passieren. Niemand darf am weltweiten Hunger von Menschen verdienen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, wollen Sie Ihre Redezeit durch eine Zwischenfrage bzw. jetzt eine Nachfrage verlängern?

Niema Movassat (DIE LINKE):

Ja, das können wir machen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Bitte schön.

Dr. Sascha Raabe (SPD):

Herr Kollege Movassat, ich habe unseren Antrag als Berichterstatter selbst geschrieben. Jetzt höre ich, wozu die SPD angeblich nichts sagt. Ich habe den Antrag hier bei mir. Es ist völliger Quatsch, wenn Sie sagen, dass sich die SPD nicht zum Thema Saatgut geäußert hat. In Punkt 24 unseres Antrags fordern wir wörtlich, „Saatgut zu fairen Preisen einzusetzen“. Außerdem heißt es dort, dass Biopatente dem nicht entgegenstehen dürfen. Das bezieht sich gerade auch auf die Kleinbauern.

Sie haben kritisiert, dass wir nichts zu den Freihandelsabkommen gesagt haben. Dieses Thema nimmt in unserem Antrag einen ganz großen Teil ein. In Punkt 7 schreiben wir, dass wir den ärmsten Ländern einerseits durch einen zoll- und quotenfreien Zugang zu unseren Märkten Weltmarktchancen eröffnen und jetzt kommt es sie andererseits durch ausreichende Schutzmechanismen vor einer Zerstörung ihrer heimischen Märkte bewahren wollen und dass Freihandels- und Partnerschaftsabkommen nur dann abgeschlossen werden sollen, wenn menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden.

Man kann zwar die gleiche Platte jedes Mal vortragen.

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Das beherrschen Sie ja perfekt!)

Aber man sollte den Kollegen zumindest den Respekt entgegenbringen, ihren Antrag vorher zu lesen und dann auf diesen Antrag Bezug zu nehmen, statt immer wieder alle Vorurteile, die man gegenüber der SPD hat, auszubreiten, auch wenn der Antrag dies nicht hergibt.

Niema Movassat (DIE LINKE):

Herr Kollege Raabe, ich habe Ihren Antrag natürlich aufmerksam gelesen.

Ich fange mit dem Freihandel an. Es ist richtig, dass Sie in Punkt 7 Ihres Antrags den EU-Freihandel ansprechen. Sie machen dort auch entsprechende Vorschläge. Aber Sie gehen in Ihrem Antrag nicht auf die neoliberale Politik ein, die dahintersteckt; das ist das Problem. Das ist der Punkt, den ich in meiner Rede an Ihrem Antrag kritisiert habe.

Was das Saatgut angeht, lautete meine Kritik, dass Sie die Partnerschaft mit der Privatwirtschaft nicht kritisieren und dass die Auswüchse, zu denen es hier gekommen ist, die kleinbäuerliche Entwicklung in den Ländern des Südens nicht unterstützen, sondern vor allem dazu dienen, die Taschen der Unternehmen zu füllen.

Fragile Staaten werden von außen destabilisiert

Heike Hänsel kritisiert den Begriff der „fragilen Staaten“, der zivil-militärischen Strategien Vorschub leistet: (Rede zu Protokoll)

In der Debatte über sogenannte fragile Staaten spielt Die Grünen machen sich mit diesem Antrag das sehr fragwürdige Konzept „fragiler Staatlichkeit“ zu eigen, das Länder im neokolonialen Sinne in „good performers“ und „bad performers“ einteilt. Die Antragsteller wollen sich vom Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ distanzieren, dabei spielen gerade bei der Integration von Sicherheits- und Entwicklungspolitik die sogenannten fragilen und gescheiterten Staaten eine entscheidende Rolle, die zu Beginn des Jahrtausends in den westlichen Strategiepapieren zur zentralen Bedrohung und Legitimation zur Aufrechterhaltung von interventionsfähigen Militärstrukturen erklärt wurden.

Dies spiegelt sich auf der ersten Seite der National-Security-Strategie der USA wider, in der die weltweite Bedrohung für Frieden und Freiheit nicht von Staaten ausgeht, die erobern, sondern von denen, die zerfallen. Sicherheitspolitische Erwägungen dominieren auch die nun von den Planungsstäben des Auswärtigen Amtes, des „Bundesverteidigungsministeriums“ und des BMZ gemeinsam erarbeiteten Leitlinien „Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten“.

Gleich einleitend heißt es: „Heute sind vor allem schwache staatliche Gebilde eine große Herausforderung für die globale Sicherheit. Sie bilden grenzüberschreitende Destabilisierungspotentiale, dienen als Umschlagsplätze für Waffen-, Drogen-, und Menschenhandel, als Rückzugsräume für terroristische Netzwerke und sie bedrohen den legalen Handelsverkehr. Inaktivität birgt meist große Risiken auch für unsere eigene Sicherheit.“

Von der Sicherheit der Menschen, die in diesen Staaten leben, ist an dieser Stelle keine Rede. Die Grünen betonen das „Primat des Zivilen“, wollen aber gleichzeitig – ich zitiere aus dem Antrag – „Ressourcen der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit, der zivilen Friedenskräfte, der Polizei, und des Militärs auf nationaler, internationaler und lokaler Ebene, ressort- und institutionenübergreifend abstimmen“.

Dies ist nichts anderes als ein zivil-militärischer Ansatz. In dem Antrag vermissen wir eine gründliche Analyse der Ursachen. Staaten zerfallen nicht einfach, sondern werden von außen destabilisiert, militärisch, politisch und wirtschaftlich. Vielfach sind es ja die strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Nordens, die die Existenzgrundlagen der Menschen und Ökosysteme in den betroffenen Regionen bedrohen.

Dazu kommen Waffenlieferungen und militärische Kooperationen, oft auch mit den Nachbarstaaten, die eine Region zusätzlich destabilisieren. Beispiele dafür gibt es genug, von Irak, Afghanistan, Haiti, Libyen bis Mali. Mali gilt als eines der ärmsten Länder der Erde und als „gescheiterter Staat“. Mali war lange durch einen Klienten Frankreichs geführt worden, Amadou Toumani Touré, kurz ATT.

Sein Regime hatte jedoch abgewirtschaftet, und laut Verfassung durfte er Anfang 2012 auch nicht mehr zu den Wahlen antreten. Infolge des Libyen-Krieges gab es einen Tuareg-Aufstand im Norden und einen Putsch im Süden. Obwohl die Putschisten nicht gerade profranzösisch waren, konnte das Frankreich gerade recht sein: Die Destabilisierung und zuletzt die Intervention konnten sie nutzen, um die Souveränität auszuhebeln und zu intervenieren. Die politische Zukunft Malis ist dadurch fest in französischer Hand. Nun soll der „fragile Staat“ militärische Hilfe und Ausbildung erhalten, die das Land und die Region weiter militarisieren werden.

Für die Linke muss Entwicklungspolitik Teil einer aktiven Friedenspolitik sein, die konsequent Friedenskräfte vor Ort stärkt, imperiale Interventionen, Waffenlieferungen und militärische Kooperationen ablehnt und erst recht jeden Ansatz der „vernetzten Sicherheit“.

Ernährungssouveränität für Zentralamerika statt EU-Billigimporte

Die Linksfraktion lehnt das Assoziierungsabkommen der EU mit Zentralamerika ab. Heike Hänsel begründet die Ablehnung im Bundestag:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir diskutieren zwar heute zu sehr später Stunde über dieses Assoziationsabkommen, aber das ist noch lange kein Grund, daraus eine Märchenstunde zu machen, wie die Bundesregierung es hier betrieben hat.

(Hans-Werner Ehrenberg [FDP]: Sie wiederholen sich! Das haben Sie vorhin schon gesagt!)

Wir haben darauf bestanden, hier über dieses zu schließende Assoziationsabkommen zu debattieren, weil wir die Möglichkeit haben, mit darüber zu entscheiden. Das ist nicht bei vielen Entscheidungen der EU möglich. Dieses Recht müssen wir nutzen. Vor allem haben wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine große Verantwortung, weil wir hier auch über die Zukunft von Millionen von Menschen in Zentralamerika entscheiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ähnlich wie bei dem Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru, über das wir hier auch sehr kontrovers diskutiert haben, gibt es viele Vorbehalte. Denn Freihandel schafft Vorteile für die Industriestaaten, für wirtschaftlich starke Staaten, aber nicht für die Länder des Südens. Deswegen lehnen wir dieses Abkommen ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wurde bereits erwähnt, dass es in Zentralamerika Staaten wie Honduras und Guatemala gibt, die zu den gefährlichsten der Welt zählen, in denen es die höchsten Mordraten und massive Menschenrechtsverletzungen bei Landkonflikten gibt. Vor allem in Honduras – auch das wurde schon erwähnt – hat die Zahl der Menschenrechtsverletzungen seit dem Putsch 2009 massiv zugenommen. In diesem Zusammenhang muss ich einen Satz in Richtung FDP sagen: Der Kollege Breil hat vorhin in der Debatte zu den Steinkohlenimporten das Festlegen sozialer und ökologischer Standards als Einmischung in innere Angelegenheiten bezeichnet. Die FDP und die Friedrich-Naumann-Stiftung haben aber kein Problem damit, einen Putsch in Honduras zu unterstützen. Ich frage mich: Was ist denn eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder?

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der FDP – Hans-Werner Ehrenberg [FDP]: Der Kollege hat gesagt, Sie sollen nicht lügen!)

Da gibt es einen sehr großen Unterschied. Sie pervertieren wirklich die Ansprüche an die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Mein Gott, die lügt heute wieder weiter! – Gegenruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Kollege, reißen Sie sich zusammen!)

Ich muss dazu sagen: Wir haben ja bereits Erfahrungen mit Freihandel. Zentralamerika hat bereits mit den USA ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, CAFTA. Dort konnten wir die Folgen solch eines Freihandelsabkommens sehr genau sehen: Es gibt billige US-Importe im Nahrungsmittelbereich, die regionalen Märkte sind zusammengebrochen, die eigene landwirtschaftliche Produktion auch. Jetzt sind diese Länder abhängig von Nahrungsmittelimporten. Bei steigenden Preisen führt das zu mehr Hunger und zu mehr Armut. Dies ist eine Gefahr für die Ernährungssicherheit. Das können wir als Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitiker nicht verantworten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was war die Antwort aus dem Wirtschaftsministerium, als wir im Ausschuss darüber diskutiert haben? Die

Bevölkerung kann zukünftig nicht nur US-Waren kaufen, sondern auch EU-Waren und EU-Nahrungsmittel.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Toll!)

Was ist denn das für eine zynische Logik? Das ist doch keine Problemlösung, sondern verschärft diese Problemlage. Wir müssen die eigene Produktion in diesen Ländern stärken, damit sie zu einer Ernährungssouveränität kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das stellt Ihre Argumentation wirklich auf den Kopf. Wir lehnen es ab, dass in diesem Abkommen Privatisierungen im Wassersektor und im Gesundheitswesen vorgesehen sind, dass die lokale Produktion von Generika erschwert wird und dass die Einführung von Patenten auf Saatgut Bäuerinnen und Bauern dazu zwingen wird, ihr Saatgut bei europäischen Konzernen teuer einzukaufen. All das können Folgen dieses Freihandelsabkommens sein. Deshalb lehnen wir es ab.

Es gibt noch einen weiteren sehr gewichtigen Grund. Es ist völlig verantwortungslos, dass in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Europäischen Union in diesem Abkommen die weitere Liberalisierung von Finanzdienstleistungen festgeschrieben wird. Das trägt die Krise nach Lateinamerika.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Deswegen stimmen wir gegen dieses Abkommen. Ich richte meinen Appell an Rot-Grün. Es hängt jetzt wirklich davon ab, wie im Bundesrat entschieden wird. Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen, dass ich es gut fand, dass die Grünen aus Rheinland-Pfalz gegen das Abkommen mit Kolumbien und Peru gestimmt haben, –

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

– aber die SPD hat dies leider nicht getan. Deswegen lautet mein Appell: Rot-Rot-Grün muss im Bundesrat beide Abkommen verhindern.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Bijan Djir-Sarai [FDP]: Rot-Rot-Grün! Im Geiste vereint!)

Freihandelsabkommen dienen nur einer kleinen Elite in Kolumbien und Peru

Heike Hänsel begründet in der Bundestagsdebatte über das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Kolumbien und Peru die Ablehnung der Linksfraktion:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Fakt ist: Wir stimmen heute Abend über ein Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien ab, womit sich die Europäische Union einen verbesserten Zugang zu den Absatzmärkten, zu den Rohstoffen und zu billigen Arbeitskräften in Lateinamerika sichern will.

Sie sprechen hier, Herr Fritz, von Kolumbien und Peru. Sie haben die Frage nicht beantwortet: Für wen machen Sie denn Politik? Sie machen hier Politik für die Reichen und Vermögenden, für eine kleine Elite in Kolumbien und Peru –

(Zurufe von der CDU/CSU: Quatsch!)

genauso wie Sie es in Europa machen. Deswegen lehnen wir diese Politik ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind vielleicht 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung, die von diesem Abkommen profitieren werden. Für die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Ländern wird es verheerend sein, weil sie ihre Existenzgrundlagen verlieren. Das ist uns in den Anhörungen ausführlich erklärt worden.

Ich muss noch einen Satz dazu sagen: Ich war als Entwicklungspolitikerin das erste Mal bei einer solchen Anhörung im Wirtschaftsausschuss und war schockiert über das Verhalten von Mitgliedern der Fraktionen der Koalition.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie fühlen sich von Experten belästigt, die ihnen über die sozialen Folgen dieser Abkommen berichtet haben.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Pfui!)

Diese Mitglieder Ihrer Fraktionen haben gesagt: Wir können das hier beenden, wir können das abkürzen, wir wollen jetzt abstimmen. – Sie waren nicht einmal bereit, die Leute, die wir aus verschiedenen Ländern eingeladen haben, ausreden zu lassen bzw. sie anzuhören. Das wissen Sie ganz genau. Es war eine wirklich unwürdige Diskussion, die Sie dort organisiert haben. Das zeigt ganz klar: Sie haben kein Interesse, sich mit den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

mit sozialen Rechten und mit Entwicklung auseinanderzusetzen. Das belästigt Sie nur.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Ignoranten!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Hänsel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinsken?

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Ernst Hinsken (CDU/CSU):

Frau Kollegin Hänsel, widersprechen Sie mir, wenn ich feststelle, dass wir uns in dieser Angelegenheit dreimal zu Anhörungen getroffen haben und dass Sie meistens durch Abwesenheit geblüht haben? Einmal waren Sie da, und jetzt plärren Sie große Töne hinaus. So geht es doch wirklich nicht. Sie treffen hier eine Schuldzuweisung, die hinten und vorne nicht stimmt. Sie haben keine Ahnung, wie Anhörungen durchzuführen sind; es gab da eine zeitliche Vorgabe. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und nicht so daherzureden, wie Sie es eben getan haben. Sie haben gesagt, dass man die Sachverständigen überhaupt nicht hätte zu Wort kommen oder dass man sie nicht hätte ausreden lassen. Das entspricht nicht der Wahrheit; das ist falsch.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Das ist unwahr, was Sie da behaupten! Das stimmt doch gar nicht, was Sie sagen!)

Ich bitte Sie, das sofort zurückzunehmen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP])

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ich nehme das überhaupt nicht zurück. Ihr halbstarres Auftreten hier trägt dem auch gar nicht Rechnung; das sage ich Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Bravo!)

Wir sind hier nicht im Bayerischen Landtag oder sonst wo,

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Genau!)

sondern wir führen hier ernsthafte Auseinandersetzungen.

(Volkmar Klein [CDU/CSU]: Dann müsst ihr aber mal langsam anfangen!)

Sie als Vorsitzender des Ausschusses hatten die Sache leider nicht im Griff. Sonst hätten Sie Ihre eigenen Kollegen einmal ermahnt.

(Widerspruch bei der CDU/CSU – Volkmar Klein [CDU/CSU]: Tata! Tata! Tata!)

Erstens war ich bei beiden Anhörungen dabei, und zweitens kann ich Ihnen die Namen nennen. Es waren Herr Lindner, Herr Solms und Frau Homburger, die genervt waren und sagten: Wir können zum Ende kommen. – Sie haben ihre Kopfhörer abgenommen und gesagt: Das sind Schwätzer; wir wollen den Leuten nicht mehr zuhören.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Hört! Hört! Unverschämt!)

Ich habe das gehört. Das ist kein Umgang miteinander. So will ich mich nicht ernsthaft mit Ihnen über die Auswirkungen von Entwicklung auseinandersetzen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Da haben Sie ein sehr schlechtes Bild abgegeben.

Jetzt würde ich gerne mit meiner Rede fortfahren. Sie können sich wieder hinsetzen. Herzlichen Dank.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Setzen Sie sich hin, Herr Hinsken! – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Bei Ihnen ist wirklich Hopfen und Malz verloren! Sie kapierten es nie!)

Ich bitte Sie, Herr Präsident, zu erlauben, dass ich fortfahre. Ich möchte nämlich gerne noch auf einen weite-

ren Aspekt zu sprechen kommen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich bremsen Sie nicht. Sie können ruhig fortfahren.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Erst heute Morgen hatte ich Besuch von zwei kolumbianischen Menschenrechtsaktivisten.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Oh, sind Sie toll!)

Sie haben mich noch einmal eindrücklich davor gewarnt, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Sie alle wissen ja: Es geht nicht nur um die Frage, ob es in Kolumbien zukünftig Menschenrechtsverletzungen geben wird. Kolumbien ist jetzt für Gewerkschafter immer noch das gefährlichste Land der Welt. Jährlich werden Dutzende von Gewerkschaftern ermordet. Im Jahr 2011 wurden 69 Gewerkschafter aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit ermordet. Wie wollen Sie garantieren, dass die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land überhaupt durchgesetzt werden?

Außerdem kommt es zu Vertreibungen von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Es gibt in Kolumbien 6 Millionen Hektar illegales Land und 5 Millionen vertriebene Menschen, die aufgrund von Profitinteressen, etwa weil dort Ölpalmen angebaut werden sollen, kein Land mehr zur Verfügung haben. Viele Menschen werden von Paramilitärs eingeschüchtert, und es herrscht große Straflosigkeit. Wie wollen Sie es verantworten, jetzt ein Freihandelsabkommen mit diesem Land und mit Peru abzuschließen? Das geht nicht! Sie tragen Verantwortung für diese Situation.

(Beifall bei der LINKEN – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben doch von Verantwortung keine Ahnung!)

Herr Fritz, Sie sagten, das alles sei auf gleicher Augenhöhe geschehen. Ich will Ihnen sagen: Venezuela und Bolivien haben sich, weil sie erkannt haben, was für eine Ausbeutungspolitik hier betrieben wird, ganz bewusst gegen Freihandelsabkommen gewandt und andere Vorschläge gemacht. Beide Länder hatten keine Möglichkeit, in irgendeiner Form zu anderen Verhandlungen zu kommen. Dann wurden sie ausgeschlossen. Es gab keine Möglichkeit, auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. Die EU hat diktiert.

(Erich G. Fritz [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist falsch!)

Nur die Länder, die sich den Interessen der EU unterwerfen, haben die Möglichkeit, zu handeln. Diese neokoloniale Politik lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ach, du Schande! – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Genau! Wie bei Zypern! – Volkmar Klein [CDU/CSU]: Mein Schmerzensgeld ist bald aufgebraucht!)

Ich komme zum Schluss. Wir stimmen natürlich gegen das Freihandelsabkommen. Das tun wir übrigens im Namen vieler sozialer Bewegungen in Lateinamerika und in Europa, die gegen die Politik, die Sie organisieren wollen, in zunehmendem Maße auf die Straße gehen.

(Beifall bei der LINKEN – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Kriminelle Politik!)

Ich stimme gegen das Zypern-Rettungspaket, weil es Armut und Perspektivlosigkeit zur Folge hat

Persönliche Erklärung von Heike Hänsel, Fraktion DIE LINKE, nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Antrag zur Bewilligung von Finanzhilfen zugunsten Zyperns (Bundestagsdrucksache 17/13060):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe heute gegen den Antrag der Bundesregierung für Finanzhilfe für Zypern gestimmt, weil diese sogenannte Hilfe die Bevölkerung Zyperns in Armut und Perspektivlosigkeit stürzen wird. Selbst der Internationale Währungsfonds prognostiziert einen Wirtschaftseinbruch durch die verordneten Kürzungsmaßnahmen allein in diesem Jahr von bis zu 10 Prozent. Mit Lohn-, Sozialleistungs- und Rentenkürzungen soll die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Das will die Bundesregierung, und das wollen leider auch SPD und Grüne. Wir sehen doch, dass diese Politik in Europa nur in die Katastrophe geführt hat. Deswegen habe ich heute dagegen gestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Privatisierung soll vorangetrieben werden. Auch ein ganz sensibler Bereich, nämlich der Bereich der Wasserversorgung, soll privatisiert werden. Während Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa Unterschriften gegen die Privatisierung der Wasserversorgung sammeln - über 1 Million Unterschriften werden gesammelt; Hunderttausende hier in Deutschland -, wird hier zugelassen, dass auch die Wasserversorgung privatisiert wird.

(Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Was hat das mit Zypern zu tun? Herr Präsident!)

Das ich nicht verantworten. Deswegen habe ich dagegen gestimmt.

(Beifall bei der LINKEN - Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Wir reden hier über Zypern!)

Das betrifft auch Zypern.

Sie stimmen hier all diesen Kürzungsmaßnahmen regelmäßig zu, auch Sie von SPD und Grünen, und beklagen gleichzeitig in den Talkshows die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Armut in Europa. Stimmen Sie doch hier dagegen, statt es in den Talkshows zu beklagen!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss Ihnen noch einen Grund nennen, aus dem ich heute dagegen gestimmt habe. Es geht um die Stabilisierung und die Beruhigung der Finanzmärkte. Zypern soll unter anderem - das ist in dem Memorandum verankert - seine Goldreserven verkaufen- Als dies bekannt wurde, fiel der Goldpreis um über 10 Prozent. Allein diese Reaktion beweist doch, dass diese Politik verheerend ist und destabilisierend wirkt. Genau deswegen, weil es auch ökonomisch ein Irrwitz ist, was hier passiert, habe ich gegen diesen Antrag gestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen schon seit langem, dass wir die Verursacher und die Profiteure der Krise heranziehen müssen.

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Herr Präsident, das ist eine Sachdiskussion! Das ist keine persönliche Erklärung! - Gegenruf der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Natürlich!)

Das ist nicht verankert. Genau deswegen kann ich diesen Antrag nicht verantworten. Er enthält keine Elemente, um die Profiteure dieser Krise zur Verantwortung zu ziehen. Sie stimmen für eine Agenda 2010 für ganz Europa. Wir haben erlebt, was Agenda 2010 in Deutschland bedeutet. Deswegen stimme ich heute gegen diesen Antrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte Sie auch darüber informieren, dass wir nicht allein sind, dass in Europa Hunderttausende von Menschen zu Demonstrationen gehen und Unterschriften sammeln. Sie rufen auch zu großen Demonstrationen in Deutschland auf. Ende Mai bzw. Anfang Juni wird in Frankfurt im Bankenviertel unter dem Motto "Blockupy" demonstriert.

Wir wollen diese Politik beenden. Wir wollen eine menschliche Politik in Europa. Das unterstütze ich, indem ich heute gegen diesen Antrag gestimmt habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Rede, 18.4.2013

Deutschland steht nicht an der Seite der indigenen Völker

Zur Debatte um die ILO-Konvention 169 über die Rechte indigener Völker gibt Niema Movassat zu Protokoll:

Bei der Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation, die wir heute diskutieren, handelt es sich um „Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“. Sie stammt aus dem Jahr 1989 und ist somit heute fast ein Viertel Jahrhundert alt. Die Konvention soll indigenen Völkern grundlegende kulturelle, wirtschaftliche und partizipative Rechte garantieren.

Sie ist bis heute das einzige rechtsverbindliche Dokument der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung indigener Gemeinschaften. Und dabei handelt es sich bei Weitem nicht um ein Nischenthema: Laut den Vereinten Nationen zählen rund 400 Millionen Menschen in über 70 Ländern zu den indigenen Völkern. Bis heute sind sie überdurchschnittlich oft von Menschenrechtsverletzungen betroffen, meist gehören sie zu den politisch, wirtschaftlich und sozial am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Deutschland hat diese für Millionen Menschen auf der Welt so wichtige Konvention bis heute nicht unterzeichnet, obwohl auch das Europaparlament die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehrfach dazu aufgerufen hat.

DIE LINKE begrüßt selbstverständlich den vorliegenden Antrag von SPD und Grünen, der die Bundesregierung dazu aufruft, endlich die Konvention zu unterzeichnen. Wir werden ihm zustimmen.

Jedoch müssen die Antragsteller auch die Frage beantworten, warum sie während ihrer immerhin siebenjährigen Regierungszeit diesbezüglich nicht selbst aktiv geworden sind. Leider liegt die Vermutung nahe, dass auch Rot-Grün damals den Interessen der deutschen Wirtschaft einen größeren Stellenwert eingeräumt hat, als den Anliegen der indigenen Völker. Denn deutsche Unternehmen sind in zahlreichen Ländern an Verstößen gegen die Rechte von Indigenen aktiv beteiligt - etwa an Vertreibungen. In meiner ersten Rede zum vorliegenden Antrag habe ich die zwei Beispiele bereits näher ausgeführt:

Den Bau des Belo-Monte-Staudamms in Brasilien und die Kohleabbau-Projekte in Kolumbien. In beiden Fällen kam und kommt es zu massiven Verletzungen der Rechte indigener Völker und in beiden Fällen sind deutsche Unternehmen mitverantwortlich. Keine Bundesregierung seit 1989 hat die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass diese Firmen in Deutschland dafür zur Verantwortung gezogen werden können. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis für alle im Bundestag vertretenen Parteien, die bereits an einer Regierung beteiligt waren. Denn Deutschland hat auch extraterritoriale Pflichten. So lange aber die Politik deutsche Unternehmen auch bei ihren Aktivitäten im Ausland nicht mit Hilfe verbindlicher Regeln in die Pflicht nimmt, werden diese sich auch weiterhin an Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung beteiligen, wenn es der Steigerung ihres Profits dient.

Bis heute kommen die Rechte der indigenen Gemeinschaften vor Ort bei der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, sowie bei der Vergabe von Landrechten zu kurz. Die Bundesregierung schiebt mit Hilfe von „Rohstoffpartnerschaften“ jedoch weiter nur auf die Bereitstellung ausreichender Rohstoffe für die deutsche

Wirtschaft. Eine Unterzeichnung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland wäre hingegen ein überfälliges Signal auch an andere Industrieländer, dass die Rechte der Indigenen uns ein ernsthaftes Anliegen sind. Spanien etwa hat kürzlich diesen Weg eingeschlagen, obwohl es wie Deutschland auf seinem Staatsgebiet keine indigenen Gemeinschaften im klassischen Sinne beherbergt. Die Bundesregierung sollte endlich aufhören, dies weiter als Scheinargument zu missbrauchen!

In immer mehr Ländern des globalen Südens organisieren indigene Gemeinschaften sich und treten für ihre Rechte und ein. Die Linke unterstützt ihre Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe. Das Bundesentwicklungsministerium unter Dirk Niebel hingegen legt zwar schöne Hochglanzbroschüren vor, die den hohen Stellenwert der Zusammenarbeit mit indigenen Gruppen etwa in Lateinamerika bekräftigen. In der Realität aber verweigert das Ministerium jede konstruktive und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der indigenen Regierung in Bolivien aus ideologischen Gründen.

Und die Bundesregierung wird auch diesmal wieder die für Millionen von benachteiligten Menschen die so wichtige Konvention dem Parlament nicht zur Ratifizierung vorlegen. Konkret bedeutet dies, dass Deutschland auch im 21. Jahrhundert den indigenen Völkern der Welt die nötige Unterstützung und Anerkennung ihrer Rechte verweigert, obwohl gerade die europäischen Staaten aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit eine besondere historische Verpflichtung haben. Ehrlich gesagt: Man kann dies nur als Schande bezeichnen.

LINKE begrüßt Wahl von Nicolas Maduro

„Der Wahlsieg von Nicolas Maduro ist eine erneute Bestätigung der seit 1999 begonnenen tiefgreifenden sozialen und demokratischen Erneuerung in dem lateinamerikanischen Land“, erklärt Heike Hänsel, Vorsitzende des UA Vereinte Nationen und entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Hänsel weiter:

„Die Nichtanerkennung der Wahl durch den unterlegenen Oppositionskandidaten Capriles Radonski zeigt den undemokratischen Charakter des Oppositionsbündnisses und hat bereits seine Vorgeschichte in der Beteiligung am Putschversuch gegen Hugo Chavez im Jahr 2002. Dieser erneute Versuch der Destabilisierung des Landes nach dem Tod von Präsident Hugo Chavez muss international zurückgewiesen werden. DIE LINKE begrüßt die besonnene Reaktion des gewählten Präsidenten Maduro und seine Zusage, alle Stimmzettel nachzählen zu lassen, um damit Transparenz zu beweisen. Der Wahlsieg Maduros garantiert eine Fortführung der Armutsbekämpfung in Venezuela und der Vertiefung der regionalen Integration in Lateinamerika für eine selbstbestimmte Entwicklung.“

DIE LINKE gratuliert Rafael Correa

„Der deutliche Wahlsieg von Präsident Rafael Correa in Ecuador ist auch ein Sieg für all jene, die für mehr soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika kämpfen“, so Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zur Wiederwahl Correas. Hänsel weiter:

„DIE LINKE im Bundestag gratuliert Präsident Rafael Correa zu seinem überzeugenden Ergebnis von 57 Prozent. Dies zeigt, dass der Prozess des sozialen Wandels in dem lateinamerikanischen Land starken Rückhalt in der Bevölkerung hat und von einer breiten Mehrheit unterstützt wird. Der Wahlsieg ist auch ein Ausdruck für eine selbstbestimmte soziale und demokratische Entwicklung in ganz Lateinamerika und eine wichtige Bestätigung für einen alternativen Entwicklungsweg. Die Linksfraktion unterstützt diesen Weg, der auf regionale Integration, staatliche Sozialprogramme und den Aufbau gerechter Handelsbeziehungen ausgerichtet ist. Gerade in der Euro-Krise hat Europa allen Anlass, von den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten in Lateinamerika zu lernen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, ihre Blockade-Haltung gegen linke Regierungen in Lateinamerika aufzugeben und eine kooperative Haltung einzunehmen.“

Die Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Marokkos in der Westsahara und Lösung des Konflikts durch Referendum unterstützen

Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Annette Groth, Heike Hänsel, Katrin Werner, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Bundestag verurteilt, dass Marokko nach wie vor einen großen Teil der Westsahara seit 1975 völkerrechtswidrig besetzt hält. Der Bevölkerung der Westsahara steht auch im Zuge der Dekolonialisierung das Recht auf Selbstbestimmung zu. Die UN-Generalversammlung hat bereits zwischen 1966 und 1972 in zahlreichen Resolutionen die Notwendigkeit eines Referendums über die Unabhängigkeit der Westsahara festgestellt. Ansprüche Mauretaniens und Marokkos auf die Westsahara wurden im Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 16.10.1975 eindeutig zurückgewiesen. Mit der Resolution 690 vom 29. April 1991 hat der UN-Sicherheitsrat diese Forderung auch gegenüber Marokko erneuert und zur Vorbereitung und Durchführung des Referendums die UN-Mission für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) eingerichtet. Marokko blockiert seit 1991 die Durchführung des Referendums.

2. Der Bundestag kritisiert, dass dieses Referendum bis heute nicht abgehalten worden ist. Marokko versucht mit einer seit Jahren gezielten Ansiedlung marokkanischer Staatsbürger/innen in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara, die Zusammensetzung der Bevölkerung gezielt zu seinen Gunsten zu manipulieren und marginalisiert die Sahrauis damit weiter. Darüber hinaus missachtet Marokko das durch den UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1429 anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Westsahara-Bevölkerung und den in diesem Zusammenhang ausgearbeiteten Referendum-Plan des ehemaligen US-Außenminister James Baker, der vorsah, die Bevölkerung bis 2008 in einem Referendum darüber entscheiden zu lassen, ob sie die volle Unabhängigkeit will, unter einem „Autonomiestatut“ leben oder zu Marokko gehören möchte. So soll es nach dem Willen Marokkos kein Referendum mit drei Optionen (Unabhängigkeit, Anschluss an Marokko oder Autonomie) geben.

3. Der Bundestag verurteilt, dass die marokkanische Regierung nicht nur durch die Besetzung Völkerrecht bricht. Sie macht sich auch kontinuierlich schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig. Regelmäßig kommt es zu willkürlichen Inhaftierungen und Anklagen wie bei der Auflösung des Protestcamps von ca. 20.000 sahrauischen Männern, Frauen und Kindern im Lager Gdaim Izyk nahe El Aaiún (Laâyoune) Anfang November 2010, bei dem zahlreiche Menschen getötet und verletzt wurden. Die Ereignisse von Gdim Izyk und El Aaiún im November 2010 sind nach wie vor nicht durch eine unparteiische und unabhängige Untersuchung geklärt worden. Zuletzt ging die marokkanische Polizei am 25. März 2013 beim Besuch des UN-Beauftragten Christopher Ross brutal gegen sahrauische Demonstrationsteilnehmer und -teilnehmerinnen in El Aaiún vor. In seinem Bericht vom 28. Februar 2013 hat der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen Folter und andere grausame und unmenschliche Behandlungen das große Ausmaß von Folter, insbesondere in den besetzten Gebieten durch Marokko, belegt (A-HRC-22-53-Add-2).

4. Der Bundestag ist besorgt, dass internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International davon ausgehen, dass die Mehrzahl der im Zuge der Räumung des Protestcamps Gdaim Izyk Inhaftierten Folter ausgesetzt waren. Auch teilt der Bundestag die Ansicht, dass die Anklage vor einem Militärgericht die Voraussetzungen für einen fairen Prozess nicht erfüllte. Mit der langen Haftdauer ohne Anklage – die Prozessöffnung wurde insgesamt drei Mal verschoben – verstößt die marokkanische Justiz auch gegen geltendes marokkanisches Recht. In dem politischen Schauprozess wurden acht Sahrauis zu einer lebenslangen Haftstrafe und die übrigen 16 Angeklagten in der Mehrzahl zu Haftstrafen zwischen 20 und 30 Jahren verurteilt. Aus Sicht ihrer Verteidigung wurde in keinem einzigen Fall der Beweis einer Tatbeteiligung erb-

racht.

5. In seinem Jahresbericht dokumentiert Amnesty International auch für 2011 Folter und andere Misshandlungen von Inhaftierten, insbesondere durch den marokkanischen Geheimdienst Direction de la Surveillance du Territoire - DST (<http://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/marokko-undwestsahara>). Insbesondere Sahrauis, die sich für die Unabhängigkeit der Westsahara aussprechen, aber auch die Bewegung 20. Februar (Mouvement du 20février) sind betroffen. In diesem Zusammenhang kritisiert der Bundestag, dass die Bundesregierung seit 1966 militärische Ausbildungshilfe für die marokkanischen Streitkräfte leistet, obwohl sie an der völkerrechtswidrigen Besetzung der Westsahara beteiligt ist. Auch bei der „Flüchtlingsabwehr“ arbeiten Deutschland, die EU und Marokko eng zusammen, was unter anderem Ausrüstungs- und Ausstattungshilfen für marokkanische Polizei- und Gendarmeriekräfte beinhaltet. Solche waren auch an der Räumung des Protestcamps Gdaim Izik und den Gewalttaten gegen die sahrauische Bevölkerung beteiligt.

6. Der Bundestag lehnt sowohl das geplante neue Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko als auch das EU-Agrarabkommen mit Marokko ab, da die Gebiete der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara und der vorgelagerten Küste nicht ausdrücklich ausgenommen sind. Zu keinem Zeitpunkt wurde die sahrauische Bevölkerung auch nur konsultiert. Aus Sicht des Juristischen Dienstes des Europaparlaments sind diese Verträge daher völkerrechtswidrig. Damit wird einer Festlegung des völkerrechtlichen Status der Westsahara vorgegriffen, indem die unveräußerlichen Rechte der Völker der Gebiete ohne Selbstregierung auf ihre natürlichen Ressourcen durch die Abkommen nicht gesichert und garantiert sind. Aus Sicht des marokkanischen Informationsministers, Mustapha El Khalfi, bedeuten derartige Abkommen, welche die Westsahara nicht ausdrücklich ausschließen, eine Anerkennung der marokkanischen Ansprüche (wsrw.org vom 21.01.2013: <http://www.wsrw.org/a106x2483>).

7. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Unterstützung beim Ausbau der Energiegewinnung durch Solar- und Windkraft durch marokkanische Firmen und Behörden auf dem Gebiet der Westsahara einzustellen, der ebenfalls ohne Konsultationen mit der sahrauischen Bevölkerung erfolgt und von dem bislang u.a. deutsche Firmen, darunter die Siemens AG, profitieren konnten. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ist in diesem Sinne anzuweisen, keine Maßnahmen zur Erschließung erneuerbarer Energien in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara zu unterstützen oder durchzuführen und keine finanzielle Unterstützung beim Ausbau der Energiegewinnung durch Solar- und Windkraft mehr zu leisten, bis die Westsahara ihren Status als Gebiet ohne Selbstregierung durch ein Referendum geklärt hat und die Besetzung durch Marokko beendet ist; 8. Der Bundestag kritisiert, dass mit der letzten Verlängerung des Mandats der UN-Mission MINURSO durch den UN-Sicherheitsrat bis zum 30. April 2013 das Mandat nicht auf die Beobachtung und Meldung von Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara erweitert wurde und setzt sich für einen solchen Mechanismus bei der anstehenden Verlängerung ein, solange unabhängige Menschenrechtsbeobachter und -beobachterinnen keinen freien Zugang zu den besetzten Gebieten haben .

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine internationale Untersuchung der Vorfälle um die gewaltsame Auflösung des Protestcamps Gdaim Izik Anfang November 2010 und die Niederschlagung der anschließenden Demonstrationen und die Revision der Urteile gegen die 24 Sahrauis allein schon deshalb einzufordern, da dieses Verfahren nicht vor einem Militärgericht sondern laut Verfassung vor einem Strafgerichtshof hätte stattfinden müssen;

2. die politisch motivierten und im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik stehenden Prozesse gegen Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten zu kritisieren und auf die Europäische Kommission einzuwirken, dass die Einhaltung der Menschenrechte in Marokko Voraussetzung für vertragliche Vereinbarungen und die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaft zwischen der EU und Marokko sind;

3. sich der Forderung des Europäischen Parlaments vom 7. Februar 2013 anzuschließen, alle Gefangenen sofort und bedingungslos freizulassen, die in politisch motivierten und in Zusammenhang mit der Besatzungspolitik stehenden Prozesse verurteilt wurden;

4. die Angriffe auf die Presse- und Informationsfreiheit durch das Königreich Marokko zu verurteilen und dieses aufzufordern, Journalistinnen und Journalisten, unabhängigen Beobachterinnen und Beobachtern sowie humanitären Organisationen unverzüglich freien Zugang in die Westsahara zu gestatten und ihre Bewe-

gungsfreiheit zu garantieren;

5. die Menschenrechtslage in und die völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara bei allen Kontakten mit der marokkanischen Regierung zu thematisieren und dabei eindeutig Position für das Völkerrecht und die baldige Durchführung des Referendums zu beziehen;

6. die schwerwiegenden, anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara durch das marokkanische Besatzungsregime im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu thematisieren und auf eine entsprechende Verurteilung hinzuwirken;

7. jegliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für marokkanische Polizei- und Armeekräfte einzustellen, bis die völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara beendet ist;

8. im Rahmen der UNO, der EU und bilateralen Gesprächen gegenüber der marokkanischen Regierung konsequent auf die schnellstmögliche Umsetzung der mit der Resolution 690 vom 29. April 1991 des UN-Sicherheitsrats auch gegenüber Marokko erneuerten Forderung nach einem Referendum in der Westsahara zu drängen;

9. dafür Sorge zu tragen, dass die Begünstigungen Marokkos im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und des „fortgeschrittenen Status“ (advanced status) sowie das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Marokko solange ausgesetzt werden, bis Marokko die völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara beendet, das Königreich Marokko die Resolutionen der UN-Generalversammlung umsetzt und das Referendum über die Zukunft der Westsahara (Unabhängigkeit, Anschluss an Marokko oder Autonomie) unter UN-Aufsicht nicht weiter blockiert;

10. die Beteiligung deutscher Unternehmen an Abbau, Abtransport und Weiterverarbeitung von Ressourcen wie Phosphaten in der Westsahara oder Fischfang sowie an Explorationen z.B. von Öl und Gas zu untersuchen und zur Anzeige zu bringen;

11. im Rahmen ihrer „Energiepartnerschaft“ mit dem Königreich Marokko sicherzustellen, dass keine Projekte in der besetzten Westsahara mit deutschem Know-How und Kapital gefördert werden;

12. sich dafür einzusetzen, dass ein Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko nicht im Widerspruch zum Völkerrecht steht, indem die Gebiete vor der Küste der Westsahara ausdrücklich ausgenommen werden;

13. sich dafür einzusetzen, dass ein Agrarabkommen zwischen der EU und Marokko nicht im Widerspruch zum Völkerrecht steht, indem die Gebiete völkerrechtswidrig besetzten Westsahara ausdrücklich ausgenommen werden;

14. darauf hin zu wirken, dass bei Verlängerung der UN-Mission MINURSO das Mandat auf die Beobachtung und Meldung von Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara erweitert wird, solange unabhängige Menschenrechtsbeobachter/innen keinen freien Zugang zu den besetzten Gebieten haben.

Begründung

Das Königreich Marokko wird von der Bundesregierung und der EU als enger Partner in der Nachbarschaftspolitik, bei der „Bekämpfung der illegalen Migration“ bei den Einsätzen der Bundesmarine im Mittelmeer und beim Ausbau der erneuerbaren Energien in der MENA-Region behandelt, obgleich es seine völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara seit 1975 aufrecht erhält und eine Lösung – insbesondere die Abhaltung eines seit 1991 vorgesehenen Referendums blockiert. Den Sahrauis wird nicht nur ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre Verfügungsgewalt über die Rohstoffe und Energiepotentiale der Westsahara vorenthalten, sie werden darüber hinaus auch sozial stark benachteiligt – der Besitz von Häusern und das Betreiben von Geschäften ist ihnen verwehrt, der Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen wird erschwert – und Opfer von massiven Menschenrechtsverletzungen durch die marokkanischen Sicherheitsbehörden, wie die Hohe Kommissarin für Menschenrechte, das Europäische Parlament und verschiedene Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International in ihren Berichten wiederholt feststellen.

Die Nichtverlängerung des völkerrechtswidrigen Fischereiabkommens hat eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes der Sahrauis, namentlich der Polisario, zunächst verhindert oder zumindest aufgeschoben. Die Bundesregierung muss insbesondere auch vor dem Hintergrund der sich massiv verschlechternden Sicherheitslage in der Sahara und dem Sahel insgesamt darauf hinwirken, dass sich junge Sahrauis nicht eventuell genötigt sehen, zum Mittel der Gewalt zu greifen. Allerdings liegt es nun an Marokko, der EU und auch der Bundesregierung, endlich die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Frieden durch eine faire, selbstbestimmte und völkerrechtskonforme Klärung des Status' der Westsahara zu nutzen. Gibt es innerhalb der nächsten Monate keine deutlichen Fortschritte bei der Umsetzung des UN-Friedensplans von 1990 wird das Risiko eines neuen bewaffneten Konfliktes um die durch Marokko völkerrechtswidrig besetzte Westsahara vor dem Hintergrund einer angespannten Situation in den angrenzenden Staaten bewusst in Kauf genommen. Die derzeit stattfindenden Gespräche über ein Agrarabkommen zwischen der EU und Marokko und die Ansiedelung von Wind- und Solarkraftwerken mit finanzieller und technischer Unterstützung durch Deutschland sind dabei der falsche Weg, da sie die Rechte der Sahrauis erneut ignorieren und der Aufrechterhaltung der marokkanischen Besetzung in der Westsahara dienen, das den Zugriff auf dieses rohstoffreiche Gebiet sichern will und der durch EU und Bundesregierung hiermit implizit legitimiert wird.

Antrag, 18.4.2013

Mahnende Stimmen offensichtlich unerwünscht

DIE LINKE begrüßte in Berlin Menschenrechtsaktivistin Aminata Traoré und Umweltaktivist Many Camara aus Mali. Ein Europa-Visum für Oppositionspolitiker Oumar Mariko wurde verweigert.



Umweltaktivist Many Camara und Menschenrechtsaktivistin Aminata Traoré aus Mali am 18. April 2013 im Gespräch mit Gregor Gysi

Von Margret Geitner

SADI ist die einzige linke Partei in Mali, die die französische Militärintervention ablehnt. Oumar Mariko ist ihr Generalsekretär. Und offensichtlich unerwünscht in Europa. In dieser Woche war er gemeinsam mit zwei weiteren Maliern von der Bundestagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Berlin und von der GUE/NGL nach Straßburg eingeladen. Aber er bekam kein Visum für die EU. Sollen damit kritische Stimmen

unhörbar, ein linker Nord-Süd-Dialog verhindert werden? "Das ist ein Skandal", sagte der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi beim Gespräch mit Aminata Traoré und Many Camara: "Wir haben einen Brief an den Bundesaußenminister geschrieben und uns beschwert."

Aminata Traoré, Frauenrechtsaktivistin und ehemalige Kulturministerin Malis, und Many Camara, Soziologe und langjähriger Aktivist gegen den Uranabbau in Mali, halten die Visumsverweigerung für einen Akt der alten Kolonie Frankreich gegen Kritiker der französischen Mali-Politik. Auch Aminata Traoré, schon vielfach in Frankreich auch als Gast auf Konferenzen der dortigen PS (Parti socialiste), wurde die Einreise nach Frankreich verweigert. Sie durfte nur nach Berlin.

Erst in der vergangenen Woche verlängerte die malische Übergangsregierung den Ausnahmezustand in Mali um weitere drei Monate. Mittendrin sollen Wahlen stattfinden, im Juli, offensichtlich auf Drängen Frankreichs. "Warum haben die Franzosen es so eilig mit Wahlen, die undurchführbar sind", fragt Aminata Traoré: "Sie hoffen offensichtlich, Mali rasch als befriedet zu feiern. Die UN schickt 15.000 Blauhelme, Frankreich bleibt weiter mit 1.000 eigenen Soldaten in Mali und damit will man das Problem als erledigt abhaken." Für eine wirkliche Konfliktlösung bedarf es jedoch eines intensiven Dialogs der Zivilgesellschaft. "Die Malier selbst müssen einen Fahrplan für einen Übergang zurück zu einer demokratischen Verfasstheit des Staates aufstellen", forderte Many Camara.

In einem Fachgespräch mit Christine Buchholz, Jan van Aken, Annette Groth, Heike Hänsel, Johanna Voß und weiteren Interessierten brachte Niema Movassat als Moderator auch die strategische Bedeutung des Nordens von Mali intensiv zur Sprache. Die zahlreichen eigenen Rohstoffe, die räumliche Nähe zu den reichhaltigen Uranvorkommen im Niger, Erdöl- und Erdgasvorkommen, Bauxit etc – all das macht die Region interessant für die darum konkurrierenden großen Mächte. "China kontrolliert bereits die gesamten Ölvorkommen im Niger", ergänzt Many Camara in seinen Ausführungen über die strategischen Interessen des Westens. Die Militärintervention Frankreichs hatte zwar den "Kollateralnutzen", islamistische Kräfte aus den Städten des Nordens zu vertreiben. Ihre tiefer liegende Absicht aber war die Sicherung der französischen und darin auch westlichen geostrategischen Interessen in der Sahelregion.

Afrika ist nicht arm. Viele Afrikaner sind arm und haben oft das Problem auf riesigen Reichtümern zu sitzen. Afrika wird Opfer seiner eigenen Bodenschätze.

Mit dem Krieg Frankreichs und der NATO in Libyen 2011 verschärfte sich die Situation im Norden Malis dramatisch. Die vor dem Bürgerkrieg in Libyen fliehenden Tuareg verbündeten sich mit islamistischen Kämpfern und die Situation in Mali explodierte. "Mit der Militärintervention im Norden Malis verhält sich Frankreich, als gäbe ein Pyromane vor Feuerwehrmann zu sein", führt Frau Traoré weiter aus. Wirtschaftsbereiche wie Gesundheit, Bildung, Kampf gegen Landgrabbing und der Tourismus waren schon vor der Krise 2011 in sehr schlechtem Zustand. In Zeiten der Kriegsökonomie sind sie aber quasi nicht mehr existent.

Aminata Traoré und Many Camara und auch der fehlende Oumar Mariko sind kritisch und unbequem. Gregor Gysi formulierte es so: "Wir haben großen Respekt vor Ihnen, denn wir wissen selbst, wie schwer es ist, immer wieder als Spielverderber zu gelten."

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Annette Groth, MdB

Niema Movassat, MdB

Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Bundestag, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau der Fraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau der Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Gesundheit in Entwicklungsländern

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73179

Telefon: 030 – 227 77207

Telefon: 030 – 227 71760

Fax: 030 227 – 76179

Fax: 030 – 227 76207

Fax: 030 – 227 76663

heike.haensel@bundestag.de

annette.groth@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Dr. Birgit Bock-Luna

Wiebke Diehl

Manuel Faber

Carlos Hainsfurth

Uwe Hiksich

Nicolai Röscher

Henning Zierock

Christine Scherzinger

Therese Wenzel

Entwicklungspolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE: Dr. Alexander King

Telefon: 030 – 227 52 802

Email: alexander.king@linksfraktion.de